

# Komplott der Spalter

## Wie der Westen den Weg zur Einheit Deutschlands buchstäblich vermauerte

Waren die USA im Ergebnis des Ersten Weltkrieges zu einem globalen Faktor geworden, so übernahmen sie im Ergebnis des Zweiten die Rolle der Führungsmacht der kapitalistischen Welt. Andererseits war das internationale Prestige der Sowjetunion, die im antifaschistischen Befreiungskrieg die Hauptlast getragen hatte, bedeutend gewachsen. Die Idee des Sozialismus erhielt weltweit beträchtlichen Zuspruch.

In Washington wollte man sich mit dieser neuen Realität jedoch nicht abfinden.

Bereits während des Krieges hatten Experten des U.S. State Department und des Rates für Auswärtige Angelegenheiten Fragen der Nachkriegsstrategie beraten. „Wie organisieren wir die Welt?“ hieß ihre Vorgabe. Als „Grand Area“ umrissen sie ein Gebiet, das die gesamte westliche Hemisphäre, das in Auflösung begriffene Britische Empire und den Fernen Osten umfaßte. „Das war das Minimum – das Maximum war das Universum“, urteilte der US-Wissenschaftler und Publizist Noam Chomsky. Es ging demnach um die Weltherrschaft.

Daß es dennoch zu den Abmachungen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition von Jalta und Potsdam und zur europäischen Nachkriegsordnung kam, entsprach der Forderung der Völker, die faschistischen Kriegsverbrecher zu ahnden und Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen sollte.

Doch schon während der Potsdamer Konferenz erteilte Truman der Politik der friedlichen Koexistenz eine Absage. Gestützt auf das US-Monopol in dieser neuen Waffenart, befahl er den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, obwohl Japan Kapitulationsbereitschaft signalisiert hatte. Truman wollte gegenüber der UdSSR „Stärke“ demonstrieren. Vor dem Abwurf der Bombe hatte er geprahlt: „Wenn die explodiert ... habe ich zweifellos einen Hammer gegen jene Burschen.“ Gemeint war die sowjetische Führung. Das von Truman betriebene Auseinanderdriften der Antihitlerkoalition und das Abrücken von den Potsdamer Grundsätzen nahmen ihren Lauf.

Die westlichen Militärregierungen sahen sich zunächst mit einer massiven Antikriegsstimmung in Deutschland konfrontiert. Sie widerspiegelte sich auch in den Gründungsaufrufen der zugelassenen Parteien. Grundlegende Umgestaltungen der politischen und sozial-ökonomischen Strukturen wurden gefordert.

Die KPD verlangte die Entmachtung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die Errichtung einer parlamentarischen Republik

und eines antifaschistisch-demokratischen Regimes.

Der SPD-Politiker Kurt Schumacher sprach im Herbst 1945 von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Wenige Monate



**Der Marshallplan war keine Freundesgeste: Er half dem deutschen Imperialismus wieder auf die Beine und bescherte USA-Konzernen traumhafte Dividenden.**

später erklärte die SPD der Westzonen sogar den Sozialismus zur „Tagesaufgabe“.

Auch die CDU forderte eine „Neuordnung von Grund auf“. Es gehe um einen „christlichen Sozialismus“.

In einigen Landesverfassungen fanden diese Forderungen ihren Niederschlag. So sah z. B. Artikel 41 der hessischen Verfassung vor, den Bergbau und die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, des schienen- und oberleitungsgebundenen Verkehrswesens sowie das Banken- und Versicherungswesen in Gemeineigentum zu überführen.

Die US-Militärregierung blockierte diesen Artikel. Ein daraufhin durchgeführter Volksentscheid ergab aber die Zustimmung von über 70 Prozent der Wähler.

Am 6. September 1946 signalisierte US-Außenminister Byrnes in seiner Stuttgarter Rede, daß sich Washington nicht mehr an Potsdam gebunden fühle.

Die vereinbarte Schaffung deutscher Zentralverwaltungen für verschiedene Bereiche der Industrie, des Handels und der Finanzen wurde von den Westmächten verhindert. Sie erörterten statt dessen die Einführung einer separaten Währung für ihre Besatzungszonen und die daraus folgende Abgrenzung gegenüber der Ostzone. Schon 1945 hatte der bekannte US-Politiker George F. Kennan erklärt: „Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.“ Im März 1947 wurde die Truman-Doktrin verkündet, die in der Strategie des „Zurückrollens des Kommunismus“

gipfelte. Bei den Viermächtekonferenzen erfolgte die Ablehnung aller auf ein einheitliches, demokratisches und friedliches Deutschland gerichteten sowjetischen Initiativen.

Konrad Adenauer hatte schon im Herbst 1945 seine Antipathie gegenüber einem einheitlichen deutschen Staat verkündet, indem er erklärte, „die Westmächte sollten die drei Zonen, die sie besetzt halten, tunlichst in einem staatsrechtlichen Verhältnis zueinander belassen“.

Auch Schumacher war ein Wegbereiter der Spaltung. Er wandte sich entschieden gegen alle Bestrebungen zur Vereinigung von SPD und KPD auch im Westen. Im Sommer 1946 forderte er eine Revision der Potsdamer Beschlüsse und das Aufgehen Deutschlands in einer europäischen Föderation.

Einen gravierenden Spaltungsakt stellte die von den Westmächten veranlaßte Bildung der Bizone und die Konstituierung eines Bizonen-Wirtschaftsrates, dem auch Vertreter westdeutscher Konzerne angehörten, im Herbst 1946 dar.

In dieser bedrohlichen Situation rief der Parteivorstand der SED zur Durchführung eines Volksentscheids für ein einheitliches Deutschland und die Einsetzung einer gesamtdeutschen Zentralregierung auf. Er wurde in den westlichen Besatzungszonen ebenso verboten wie die sich herausbildende Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden.

### Lieber Schorsch!

Am 25. April begeht Du Deinen 85. Geburtstag. Manche Älteren erinnern sich noch an die landesweite Kampagne „Freiheit für Georg Grasnick!“ 1963 warst Du als Chefredakteur des Deutschlandsenders bei einer Reise in die BRD von der Adenauer-Polizei willkürlich festgenommen worden. Zuvor stellvertretender Intendant des Berliner Rundfunks und später im Staatssekretariat für westdeutsche Fragen tätig gewesen, wurdest Du als Professor an das Berliner Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) berufen. Seit etlichen Jahren gehörst Du dem Autorenkollektiv des RF an. In Deinem Wirken verbinden sich Persönlichkeitsprofil und publizistisches Können mit beeindruckender Bescheidenheit. Wir danken Dir für Dein engagiertes und sachkundiges Mittun an unserer Zeitschrift und umarmen Dich in herzlicher Verbundenheit!

Die US-Administration reagierte auf diese Entwicklung mit der Verkündung des Marshallplans.

Westeuropa und die westlichen Besatzungszonen Deutschlands wurden zum Abladeplatz für amerikanische Überschussprodukte – Lebensmittel wie Industriegüter. US-Großunternehmen machten damit ein Riesengeschäft. Zugleich aber bewirkten die Lieferungen eine spürbare Verbesserung der Ernährungsbasis, was erhebliche Produktionssteigerungen ermöglichte.

Der Marshallplan diente in der heftiger werdenden Systemauseinsetzung vor allem dazu, ökonomische Voraussetzungen für die Gründung eines westdeutschen Separatstaates zu schaffen und dessen künftige Rolle als europäische „Speerspitze“ der USA ideologisch vorzubereiten.

Unmittelbar nach Verkündung des Marshallplans lud der bayerische Regierungschef zu einer Ministerpräsidentenkonferenz nach München ein. Seitens der SED wurde vorgeschlagen, dort über Wege zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu beraten. Schumachers SPD drohte bei Akzeptenz dieses Themas mit dem Verlassen der Konferenz. Vor deren Beginn wurden die ostdeutschen Teilnehmer aufgefordert, der Tagesordnung ohne den von ihnen vorgeschlagenen Punkt zuzustimmen. Kategorisch zurückgewiesen wurde auch deren Wunsch, während der Beratungen eine Erklärung abzugeben. Die Delegation aus dem Osten verließ daraufhin die Konferenz. Die von den westlichen Besatzungsmächten inszenierte Provokation war gelungen. Der Spaltungsprozeß schritt weiter voran. Unterdessen wurde die französische Besatzungszone der Bizone angegliedert, was zur Trizone führte.

Im Frühjahr 1948 wurden die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder sowie Vertreter von Parteien ersucht, den Verfassungsentwurf für eine Staatsgründung im Ergebnis der Konferenz der Westmächte und der Beneluxstaaten in London auszuarbeiten. Der sowjetische Vertreter im Alliierten Kontrollrat erhielt keine Information über die Konferenzbeschlüsse. Einen weiteren Spaltungsakt stellte im Juni 1948 die separate Währungsreform der Westmächte dar. Sie war zugleich die Initialzündung zur Auslösung einer brennenden Spannungslage in Europa.

Die sowjetischen Vertreter im Kontrollrat stimmten seit geraumer Zeit mit ihren westlichen Partnern darin überein, daß eine Währungsreform für alle Besatzungszonen erforderlich sei. Sie schlugen deshalb die sofortige Schaffung einer Finanzverwaltung und einer Emissionsbank für ganz Deutschland vor. Tatsächlich einigte man sich auf ein Viermächteabkommen über Hauptgrundsätze der Reform.

Doch am 20. Juni 1948 wurde mit einer Nacht-und-Nebel-Aktion die D-Mark in den

Westzonen eingeführt. Es stellte sich heraus, daß die Kontrollratsverhandlungen lediglich ein Manöver der Westmächte waren, um insgeheim den Spaltungsakt vorzubereiten. Am 23. Juni wurde die D-Mark auch in Westberlin zum Zahlungsmittel, nachdem es noch fünf Tage zuvor in einer schriftlichen Erklärung geheißen hatte, es bestünden keine der-



„Brechung der Blockade“: ein US-Rosinenbomber bei der Landung in Berlin-Tempelhof

artigen Absichten.

Der CDU-Politiker Gradl triumphierte: „Von nun an verläuft zwischen den Westzonen und der Sowjetzone eine Währungsgrenze. Jenseits der Zonengrenze ist Ausland, Devisenausland.“

Die Kalte-Kriegs-Aktion bedeutete aber nicht nur die Währungsspaltung, sondern auch die ökonomische und politische Trennung.

Die sowjetische Seite sah sich gezwungen, eine Reihe von Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Verkehrsbeschränkungen betrafen die Verbindungslinien für den Güter- und Personenverkehr zwischen Westdeutschland und Berlin, nicht aber den Luftverkehr. Die Einschleusung der Spalterwährung und der im Westen ungültig gewordenen Reichsmark wurde verboten.

Westliche Politiker und Medien sprachen daraufhin von einer „unmenschlichen Blockade“. Die Westberliner würden damit in Not und Elend gestürzt.

Tatsächlich war der allgemeine Personenverkehr von den sowjetischen Maßnahmen nicht betroffen. Die Berliner S-Bahn verkehrte normal. Westberliner Bürger und Firmen konnten weiterhin in Ostberlin und in der sowjetischen Besatzungszone einkaufen. Am 1. Juli unterbreitete die Deutsche Wirtschaftskommission dem Berliner Magistrat den Vorschlag, ganz Berlin aus der Ostzone zu versorgen. Die Regierung der UdSSR stellte für diesen Zweck umfangreiche Lebensmittelmenzen zur Verfügung. Ihr Angebot wurde nicht zur Kenntnis genommen.

Auf Drängen der Sowjetregierung kam es im August 1948 bei Viermächteverhandlungen in Moskau zu einer Übereinkunft. Vereinbart wurden die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen, die Einführung

der Deutschen Mark in der sowjetischen Besatzungszone sowie die Rücknahme der D-Mark als Zahlungsmittel in Westberlin. Bis zum 7. September sollten die vier Oberbefehlshaber die Durchführungsbestimmungen festlegen. Doch US-General Lucius D. Clay ließ das Ergebnis der Beratung aufliegen.

Die Westmächte errichteten nun eine Luftbrücke, die sich – bis heute – als antikommunistischer Dauerbrenner erweist. Mit der „Brechung der Blockade“ wurden die intensiv betriebene Spaltung Deutschlands und Berlins propagandistisch abgeschirmt sowie die Fundamente für den Ausbau Westberlins zur Frontstadt der NATO gelegt, deren Gründung kurz bevorstand.

Am 1. Juli 1948 wurde zunächst ein weiterer entscheidender Schritt zur Spaltung getan. Die Militärgouverneure veranlaßten die in Frankfurt/Main zusammengetrommelten Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder dazu, den Parlamentarischen Rat einzuberufen. Dieser sollte eine Verfassung ausarbeiten und sie den drei Militärregierungen zur Bestätigung vorlegen. Über-

dies wurden ein Oberstes Gericht für die Westzonen installiert und die Bank Deutscher Länder eingerichtet.

Am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat ein als Provisorium bezeichnetes Grundgesetz. Dem in Potsdam gesetzten Völkerrecht sowie einem einheitlichen, friedlichen, neutralen und antifaschistischen Deutschland war damit eine endgültige Absage erteilt worden.

Am 20. September 1949 konstituierte sich die BRD als Separatstaat. Bundeskanzler wurde Konrad Adenauer. Sein Wort, „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“ ging davon aus, daß im Osten Deutschlands die alten Machtverhältnisse nicht kurzfristig wiederhergestellt werden könnten. Doch schon bald sprach der Bonner Regierungschef von der „Befreiung der Sowjetzone“. In der BRD spekulierte man darauf, daß die DDR infolge der Spaltung Deutschlands wirtschaftlich nicht lange überleben werde. Die Grundstoffindustrie als volkswirtschaftliche Basis befand sich im Ruhrgebiet. So prophezeiten westdeutsche Gazetten, die DDR werde ihren ersten Jahrestag wohl kaum begehen können.

1952 berief die Bundesregierung dann einen „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“. In ihm waren Vertreter der Monopole, darunter auch Nazi-Experten, die bei der Ausplünderung der besetzten „Ostgebiete“ eine führende Rolle gespielt hatten, damit befaßt, konkrete Pläne für eine Rekapitalisierung des DDR-Volkseigentums auszuarbeiten. Es handelte sich um jene konterrevolutionären „Umgestaltungen“, welche die Menschen im Osten seit 1990 hautnah erlebt haben.

# Der „Geteilte Himmel“ und Würde auf Erden

Christa Wolf: „Ich wollte kein anderes Leben als das“

In den 60er Jahren war in der DDR keine Diskussion über Literatur in Gang gekommen, wie sie seitdem nicht noch einmal und meines Wissens in solchem Umfang und solcher Öffentlichkeit auch nirgendwo anders wieder geführt wurde.

Daran waren viele beteiligt: Franz Fühmann, Brigitte Reimann, Stefan Heym, Alfred Wellm, Helmut Sakowski, in besonderem Maße aber Hermann Kant, Erik Neutsch, Erwin Strittmatter und Christa Wolf.

„Die Aula“, „Spur der Steine“, „Ole Bienkopp“ und „Der geteilte Himmel“ regten die Leser im wahrsten Sinne des Wortes auf. Sie begegneten sich zum ersten Mal in Augenhöhe mit ihren Autoren. Sie sahen und fühlten sich verstanden, hatten die gleichen Probleme, Hoffnungen und Ängste.

Damit überschritt die Literatur eine Grenze, durchbrach sie einen Wall. Sie war nicht mehr nur Schöngest, sondern auch Gebrauchswert. Das hatte es in dieser Ausprägung noch nicht gegeben. Im ewigen Streit um die Frage, ob Literatur etwas bewirken kann oder nicht, gab es nun eine Antwort: Sie kann! Sie muß nur zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Probleme aufgreifen, die Hand am Puls der Zeit haben und sich so artikulieren, daß sie von einer Mehrheit verstanden und aufgegriffen wird. Es war ja im eigentlichen Sinne keine Literaturdiskussion, die damals die Gemüter bewegte, sondern eine Debatte um den Zustand der Gesellschaft, den die Literatur bewußt gemacht hatte.

So zu schreiben ist allerdings nicht jedes Autors Art – Christa Wolfs war es schon. Sie hat sich dazu bekannt, daß sie ihre „Bücher nur hier“ (in der DDR), in der Spannung zwischen Wirklichkeit und Vorstellung, zwischen Hoffnung und Enttäuschung schreiben konnte. „Ich brauche diese Reibung“, meinte sie. Sie wollte sich „kenntlich machen durch Schreiben“, „die Grenzen des Sagbaren“ erkunden. Das hat sie getan. Jedes ihrer Bücher ist von diesem persönlichen Beschluß und der sich selbst auferlegten

Mühe bestimmt. Darin eingeschlossen ist die Zuversicht, daß die Menschen jenseits des Kapitalismus nach Gesellschaftsmodellen suchen müssen, die das Leben humaner, gerechter, friedlicher machen, und daß jeder Versuch auf dem Weg dorthin mehr als eine Chance verdient.

Daß sie es ernst damit meinte, hat sie mit ihrer Rede am 4. November 1989 auf

Plätze in dem Wertesystem, und dieser Wechsel stellt die sozialistische Gesellschaft vom Kopf auf die Füße. Große soziale Bewegungen kommen in Gang, so viel wie in diesen Wochen ist in unserem Land noch nie geredet worden, miteinander geredet worden, noch nie mit dieser Leidenschaft, mit so viel Zorn und Trauer und mit so viel Hoffnung ... Verblüfft beobachten wir die Wendigen,

im Volksmund ‚Wendehälse‘ genannt, die, laut Lexikon, sich ‚rasch und leicht einer gegebenen Situation anpassen, sich in ihr geschickt bewegen, sie zu nutzen verstehen‘ ... Träumen wir mit hellwacher Vernunft. Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg!“

Diese Rede haben ihr viele, die sie wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber dem realen Sozialismus zur widerständlerischen DDR-Vorzeigeautorin gemacht hatten, nie verziehen. Von nun an war sie eine andere, sogar hochgradig „Stasi“-verdächtig.

In einem Aufsatz „Abschied von Phantomen. Zur Sache Deutschland“ schreibt

sie: „Ich bin auf der Suche nach einem Namen für Gefühl ... In der deutschen Öffentlichkeitsbewältigung“ weithin als Skandalchronik statt, reduziert auf das Blättern in Akten ... Das, dachte ich damals und denke ich heute, diese Aktengläubigkeit ist wohl nur in Deutschland möglich. Ich werde und will das körperliche Gefühl nicht vergessen, Stück für Stück, Glied für Glied ausgewechselt zu werden gegen eine andere Person, die in die Medien paßte, und dort, wo ich eigentlich war, eine Leerstelle entstehen zu sehen. Da wurde mir unheimlich: Jetzt hatte ich das Wort für mein Gefühl. Unheimlich vor dem Verschwinden von Realität.“

Realität wird jedoch nicht allein auf diese Weise ausgekehrt, erkennt Christa Wolf. Es gibt viele Gründe und viele Spielarten, sie unkenntlich zu machen. In einem Brief an Wolfgang Thierse schreibt sie bereits im September 1991:

„Ich gehöre zu denen, die lange vor dem 3. Oktober 90 davor gewarnt haben, daß die Wiedervereinigung als Anschluß



Die Literatin in ihrem Arbeitszimmer

dem Berliner Alexanderplatz bewiesen: „Mit dem Wort ‚Wende‘ habe ich meine Schwierigkeiten“, erklärte sie der Menge. „Ich sehe da ein Segelboot, der Kapitän ruft: ‚Klar zur Wende!‘, weil der Wind sich gedreht hat, und die Mannschaft duckt sich, wenn der Segelbaum über das Boot fegt. Stimmt dieses Bild? ... Ich



Eberhard Esche und Renate Blume in „Der geteilte Himmel“

würde von ‚revolutionärer Erneuerung‘ sprechen. Revolutionen gehen von unten aus. ‚Unten‘ und ‚oben‘ wechseln ihre

des kleineren, ärmeren, an den größeren, reichen Teil Deutschlands den selbstkritischen Umgang mit unserer Vergangenheit enorm erschweren würde. Da habe ich die westliche Abwehrhaltung bis hin zum Ekel vor uns noch nicht in ihrem ganzen Umfang sehen können, es zeigten sich erst die Tendenzen, die DDR so unhistorisch wie möglich zum Phantom, ihre Bewohner zu Monstern zu dämonisieren ...

Der Erfolg bei den ‚normalen‘ Westdeutschen ist erreicht: Aus Angst haben sie sich ein DDR-Bild einimpfen lassen, das an Realitätsferne nichts zu wünschen übrig läßt ... Unsere Verzweiflung wird, wenn wir sie zu formulieren wagen, uns als ‚Nostalgie‘ in den Hals zurückgestopft.“

Man ist versucht, Christa Wolf in dieser Angelegenheit fortwährend zu zitieren. Sie ist auch hier wieder auf Augenhöhe mit ihren Lesern und spricht aus, was viele zwar auch denken, so aber nicht sagen können oder sich nicht zu sagen trauen.

Noch einmal! „Das groß angelegte Unterfangen, die DDR auf den Begriff ‚Unrechtsstaat‘ zu reduzieren, sie dem Reich des Bösen zuzuordnen und damit historisches Denken zu blockieren, war nützlich für die ebenfalls groß angelegte massenhafte Enteignung und Infragestellung des Eigentums von DDR-Bürgern, half aber vor allem – nicht zuletzt vor den westdeutschen Mitbürgern – die Tatsache zu kaschieren, daß der Mantel der Geschichte wieder einmal zugunsten derjenigen weht, die genug Puste haben, die Windrichtung zu bestimmen.“ Christa Wolf ahnt eine Gefahr: „Wer ins Unrecht gesetzt ist, begehrt nicht so leicht auf – wenn er nicht eines Tages blindlings um sich schlägt.“

Es ist klar, diese Frau paßt mit ihrer Meinung nicht ins Klischee von „Historikern“ wie Hubertus Knabe, Michael Richter oder denen des Hannah-Ahrendt-Instituts für Totalitarismusforschung, aber auch nicht ins Bild mancher Bürgerrechtler, die sich ihre eigene Ost-Ikone geschnitzt haben. Wäre Christa Wolf beim Bücherschreiben geblieben, hätte man ihr manches durchgehen lassen, aber sich direkt ins aktuell-politische Geschehen einzumischen, vor großem Publikum Reden zu halten, Pamphlete zu verfassen, Licht am Ende des Tunnels zu bezweifeln – das ist für jene, welche „die Windrichtung bestimmen“ wollen, nicht hinnehmbar. Zum Glück besteht die Welt aber nicht nur aus Windmachern, sondern auch aus Persönlichkeiten, die sich weitgehend noch ihre Unabhängigkeit bewahrt haben und genug Zivilcourage besitzen, gegen den Stachel zu löcken und ein paar Kulissen

zu verschieben, um Blicke dahinter zu ermöglichen.

Im November 1991 erhielt Christa Wolf Post von Jürgen Habermas, dem Mit-



Anna Seghers im Gespräch mit Christa Wolf

gestalter der Frankfurter kritischen Philosophenschule und ideellen Wegbegleiter der 68er. Was er ihr schreibt, sollte sehr aktuell gelesen werden. „In der alten Bundesrepublik besteht das Neue der Situation vor allem darin, daß sich die bisher getrennten Elemente des rechtsextremen Lagers zu einer explosiven Mischung verbinden. Nationaldemokraten und Republikaner vereinigen sich zum ersten Mal mit einer gewaltbereiten Jugendszene von Skinheads und Hooligans, und um beide rankt sich



Signierstunde in Leipzig am 14. März 1983

ein weit verzweigtes publizistisches Netzwerk von Rechtsintellektuellen, in das sich auch immer mehr Konservative unbefangen einfädeln ... Überhaupt hat der Geist hierzulande wieder einmal einen Ruck getan: die Liberalen werden nationalliberal, die Jungkonservativen deutsch-militant. Was im Historikerstreit noch eine kontroverse Frage war, ist nun längst entschieden: Von ‚beiden Diktaturen‘ darf fortan undifferenziert die Rede sein ... Wir hier sind auf die liberalen und linken Intellektuellen in der ehemaligen DDR angewiesen, wenn das Netz einer halbwegs zivilen politischen Kultur unter den

neuen Belastungen nicht reißen soll. Das Netz ist vielleicht noch nicht zerrissen, aber doch reichlich verschlissen und immer weniger tragfähig.“ Habermas’

Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die linken Intellektuellen aus der DDR hatten zumeist keine Chance, sich in die deutsche Einheit einzubringen. Sie wurden evaluiert, politisch verdächtigt, entlassen, kaltgestellt und an den sozialen Rand gedrängt. Die meisten sind verstummt. Die wenigen, die sich noch einmischen, sind alt, werden von den Medien überwiegend ausgegrenzt und haben kein eigenes Podium für ihre Meinungen, Christa Wolf hat auch das durchschaut. In ihrem Brief an Thierse schreibt sie: „Die Akademie wird sicherlich aufgelöst werden, ein Westdeutscher, der es wissen muß, soll in der jüngst abgelaufenen Medienkonferenz die Absicht geäußert haben, das intellektuelle

Potential Ost zu zerschlagen.“ „Wo ist euer Lächeln geblieben?“, fragt sie in einem Aufsatz. Sie läßt einen „witzigen Kollegen“, wie sie ihn nennt, zu Wort kommen. „Die Freiheit hat sich durchgesetzt: Die D-Mark ist frei. Ich bin der Herr dein Gott, sagt die D-Mark. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. Es empfiehlt sich nicht.“

Christa Wolf hat einen Platz auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin neben vielen großen Deutschen erhalten. Das ist würdig und verdient. Das ist ein

Denkmal, das bleiben wird. Ob die Erinnerung an ihr Werk und ihre Persönlichkeit ebenso dauerhaft sein wird, bleibt abzuwarten.

Es ist die übliche Regie zu befürchten: in der nächsten Zeit noch ein paar feierliche Reden, schnelle Nachauflagen ihrer Bücher, die Plazierung von zwei, drei Titeln auf Bestsellerlisten („Der geteilte Himmel“, „Kindheitsmuster“, „Kassandra“ – auf keinen Fall „Auf dem Weg nach Tabou“), beginnende Kritik, Verabschiedung in Freundeskreise und wissenschaftliche Konferenzen. Mag sein, daß ich mich irre.

Recht hat und behält Volker Braun, der in seiner Trauerrede sagte: „Sie blieb nach dem Umbruch voll Neugier, die Spottlust ungestillt, und das Nachdenken über alles. Ein Fassungsbehalten in der Großen Verwerfung. Ernüchterung blieb ihr Zauberwort. Sie ‚wollte kein anderes Leben als das‘.

Sie hat der deutschen Literatur – wie wenige – Würde und Weltbewußtsein gegeben.“

Prof. Dr. Benno Pubanz, Güstrow

Die Zitate sind überwiegend entnommen aus: Christa Wolf. Auf dem Weg nach Tabou. Texte 1990–1994, Kiepenheuer und Witsch, Köln 1994